

Jugend-Vorwärts

Nummer 6 / Sonnabend, den 25. August 1923

Der „Jugend-Vorwärts“ ist ein Diskussionsorgan der Arbeiter-Jugend und der Jungsozialisten. Es können hier gelegentlich auch Meinungen zum Ausdruck kommen, die dem Standpunkt der Partei nicht vollkommen entsprechen. Die Redaktion trägt daher für den Inhalt dieser Beilage nur die pfeifliche Verantwortung. Redaktion des „Vorwärts“.

Erlangen.

Von Franz Lepinski.

Am 10. August hielten die Jungsozialisten in Erlangen ihre Reichskonferenz ab. Zeit und Ort waren im Hinblick auf den 3. Arbeiterjugendtag gewählt, der zwei Tage später größer und leuchtender noch über Nürnberg niederging. So war äußerlich kundgetan, was auf der Tagung der Jungsozialisten in streng formulierten Beschlüssen und weniger streng gefügten Reden Ausdruck fand: Jungsozialisten und Arbeiterjugend gehören zusammen.

Den Auftakt zur Tagung gab ein lohender Fackelzug am Abend zuvor. Die gastfreundliche Arbeiterschaft Erlangens demonstrierte mit den Jungsozialisten in endlosem Zuge durch die engen Straßen der kleinen, dunklen Stadt im dunkelsten Teile Deutschlands für die Ideale der sozialistischen Jugendbewegung. Die Glut jener unzähligen Fackeln und die Wucht des Fackelspruchs werden die Tagung überdauern. Neues Hoffen werden sie bei manchem alten Kämpfer geweckt haben, den Mutlosigkeit überkommen wollte. Verhohlenen Bangen werden sie dort hinterlassen haben, wo man Umsturzpläne spinnend, die Macht der jungen sozialistischen Generation in Rechnung zu ziehen vergessen hatte. Impuls zu neuem Schaffen nahmen die Jungen mit.

Erlangen wird, von späteren Tagen gesehen, nur ein schlichter Markstein sein. Aber ein Markstein, der, wenn nach ihm Jahr um Jahr ebendürige gefeiert werden, gutes Gedeihen verspricht. Erlangen brachte Festigung nach außen und Klärung nach innen. Festigung Arbeiterjugend und Jungsozialisten werden künftig, organisatorisch eng verzahnt, inniger im Schaffen verbunden, an ihren Aufgaben arbeiten. Die Vierzehnjährigen der Arbeiterjugend treten zu den Jungsozialisten über. Die Jungsozialisten werden gemeinsam mit ihren jüngeren Genossen in guter Kameradschaft für die Erneuerung der menschlichen Gesellschaft kämpfen.

Der Beschluss fand ungeteilten Beifall. Man tritt nur darum, in welchem Geist er Wirklichkeit werden sollte. Man wehrte sich gegen eine zu primitive Behandlung der Dinge. Arbeiterjugend und Jungsozialisten kann man nicht wie ein paar Hundertschaften Reichswehr nach Belieben zusammenwerfen und getrennt marschieren lassen. Die jungsozialistische Bewegung ist ebensowenig eine Fortsetzung der Arbeiterjugend, wie die Arbeiterjugend eine Vorbereitung für den Jungsozialismus ist. Und beide zusammen sind nicht einfach Rekrutenschulen für Partei und Gewerkschaft. Jede Bewegung hat ihren eigenen Sinn und ihren eigenen Wert. Wer die Jugendbewegung verstehen will, muß sich abgewöhnen, in so veralteten und grobschlächtigen Begriffen über sie zu denken. Jugend will nicht auf Dogmen festgelegt sein. Jugend will Entwicklung zum ungeteilten Menschentum. Sie will Ausreise ihrer Persönlichkeit, Vollklang ihrer Gemeinschaft. In diesem Geiste werden die Jungsozialisten mit der Arbeiterjugend zusammenarbeiten.

Erlangen brachte auch Klärung nach innen. Es ging um Brüder, den Redakteur der „Mäuer“. Nicht um Brüder als Person, so sehr der Anschein es wollte. Es ging um ihn als Ausdruck einer Strömung, als Symbol für eine bestimmte Sinngedung, Zielsetzung.

Der Name Brüder ist auch innerhalb der Arbeiterbewegung Symbol. Wo er auftaucht, tritt die Arbeiterbewegung in ein neues Stadium. Da springt sie, die bisher nur um politische Grundforderungen und wirtschaftliche Besserstellung kämpfte, selbstschöpferisch in das Reich der höheren Kultur. In diesem Reich war sie bisher fremd. Bürger hatten, vom Mitleid überwältigt, bis dahin das Lied der Arbeit und der Arbeiterfeste gesungen. Mit Brüder stehen Arbeiterfeste auf, die selber Formen finden für das, was in den Massen lebt. Und diese Formen tragen ein eigenes Gepräge, einen neuen Stil. Sie sind Anfänge einer neuen herausziehenden Kultur. Vielfältig ist Brüder nicht der erste und markanteste dieser neuen Gestalten. Gleichwohl, er ist einer von ihnen, und sein Bild steht scharf umrissen da.

Brüder bleibt! Die überwältigende Mehrheit der Jungsozialisten steht hinter ihm. Damit ist gekennzeichnet, welchen Weg die Bewegung gehen will. Die, die anders dachten, werden dieser Entwicklung nicht im Wege sein.

Mancher, der nicht dabei war, wird sagen: was soll das Gekwackel um so hochtrabenden Dingen sein, wo es um das nackte Leben geht? Er hätte recht, wenn die Jungsozialisten über ihrem Kulturwillen die Wirklichkeit vergäßen. Wenn sie darüber übersehen, was das Heute und Morgen von ihnen erhofft. Er mag beruhigt sein: die Jungsozialisten sind auf dem Posten! Sie werden auch die Pflichten erfüllen, die die Gegenwart von ihnen fordert. Aber es geht noch um mehr. Es muß heute eine Schar da sein, die den Glauben an eine bessere Zukunft nicht im Morast der Zeit erstickt läßt. Es muß eine Schar bereit stehen, die die Fackeln durch das Dunkel der Gegenwart trägt.

Der sozialistische Studentenbund.

In der Universität Berlin besteht ein sozialistischer Studentenbund, der programmatisch für die Ausbreitung der sozialistischen Idee unter der reaktionären Studentenschaft wirken soll. Es dürfte sich deshalb wohl verdienen, einmal zu untersuchen, warum bis jetzt die Tätigkeit dieses Bundes so ergebnislos im sozialistischen wie in jedem anderen Sinne gewesen ist und, wie man mit ruhigem Gewissen sagen kann, auch bleiben wird. Dazu wollen wir uns erst einmal die Satzungen betrachten. Dieselben werden so ziemlich bei jeder Sitzung, d. h. am Anfang und Ende eines Semesters, geändert, öfters hält es der Vorstand nicht für nötig, die Mitglieder zu berufen, und genügt deshalb ein Blick auf irgendein Exemplar, um etwas von dem Geist dieser „sozialistischen“ Vereinigung zu verspüren.

§ 1 lautet: Der sozialistische Studentenbund, Ortsgruppe Berlin, bezweckt den Zusammenschluß der sozialistischen Studenten an den Berliner Hochschulen zu gemeinsamer Klärung praktischer sozialistischer Arbeit und zu gemeinsamer hochschulpolitischer Tätigkeit im sozialistischen Sinne.

§ 2. Es ist nicht die Aufgabe des sozialistischen Studentenbundes, zu den Fragen der allgemeinen Politik Stellung zu nehmen. Politisch interessierte Mitglieder werden auf die Organisationen der sozialistischen Parteien und Gewerkschaften hingewiesen.

§ 3. Der sozialistische Studentenbund steht allen sozialistischen Akademikern offen, soweit sie die Einheit des sozialistischen Gedankens anerkennen und sich verpflichten, ihre Handlungen nach seinem Grundgesetz einzustellen.

Sozial Worte, sozial Phrasen. Hier erklären sich junge Leute, die noch nie im Leben gefassten haben, nicht mit der Arbeiterbewegung in Verbindung kamen, ja zum größten Teil nicht einmal organisiert sind, die Klärung und Vertiefung der sozialistischen Gedankenwelt als ihre hochschulpolitische Tätigkeit zu betreiben.

Alle Bestrebungen der in der SPD organisierten Mitglieder des Bundes, zu erreichen, daß als oberster Grundgesetz die Zugehörigkeit zum Bund die Mitgliedschaft bei der SPD zu verlangen sei, wurden von den vereinigten Vorständen hintertrieben. Als Grund wurde angegeben, daß junge Leute, wenn sie auf die Universität kommen, noch keine feste politische Meinung hätten und durch eine so eindeutige Forderung nicht dem Sozialismus gewonnen werden könnten. Hier sehen wir wieder die lapidäre Entschlußfähigkeit der aus der Bourgeoisie kommenden Intellektuellen, andererseits aber auch das vollkommenste Verkennen der Psyche dieser Kreise, die durch die Mißweinstöße doch schon so umgarnt sind, daß sie nicht mehr zum Sozialismus durchdringen können. Also von dieser sind und waren keine Sozialisten zu erwarten. Dagegen wurden viele parteinähig gefühlte Mitglieder durch diese absichtliche Indifferenz des Bundes veranlaßt, ihm den Rücken zu kehren.

Wenn wir die §§ 1 und 2 gegenüberstellen, sehen wir ganz klar, daß das Bestreben der Bundesleitung nur einen Verzicht darstellt, die sozialistische Idee zu verwässern. Was will der Bund für Mitglieder haben, wenn er die politisch interessierten auf die sozialistischen Parteien verweist?

Das zeigt uns die Taktik dieses farnosen Bundes. Es hatte der Vorstand bei den letzten Wahlen zum Berliner Studentenparlament, besser Quasischule und Hindernis für die Ausbreitung des republikanischen Gedankens an der Universität zu nennen, die Absicht, einen Jugendring zu gründen, der alles umfaßt, was Jugendbewegung heißt. Auf die Liste sollten sowohl Vertreter des jungdeutschen Ringes wie anderer völkischer rechts-kehrender Organisationen kommen. Diese Absicht muß beispielhaft die Situation erhellen und kann uns der Psyche dieser Sozialisten in Gänzförmigkeit etwas näher bringen. Die inneren Triebe des Bundes sind heute aus der bürgerlichen Jugendbewegung, die gern etwas harmlose und zur Unterhaltung beitragende Opposition machen wollen und sich dazu des Ausschüßes „Sozialistischer Studentenbund“ bedienen. Der tiefere Zweck ist aber, den Sozialismus als Arbeiterbewegung zu verdrängen oder ihn doch so zu verwässern, daß er für ihre bürgerliche Ideologie paßt, die ihren Ausdruck in der freideutschen Jugendbewegung findet. Diese Leute betrachten die Jugend nicht als eine vorübergehende Zeit, sondern wollen sie zu einem Dauerzustand machen. Die Typen dafür sind die Männer zwischen 20 und 40 Jahren, die mit langen Mähnen, Sobentostum und Anieholen ohne Hut herumlaufen. Es hat sich schon ein bestimmter Typ von Hochschulpolitikern daraus gebildet, die diese Jugendbewegung als einen bleibenden Endzustand ansehen also durch ihre ewige Jugend Steinwärts auch in 40 Jahren nicht bedürfen werden.

Gerade die Jungsozialisten sind vor solchen Fäulern aus den Reihen der Akademiker zu warnen, wie ja in die Bewegung der Jungsozialisten eigentlich Leute, die das Wohlrecht haben, also 20 Jahre sind, nicht mehr hineingehören. Wenn einer mit 20 Jahren noch nicht so alt geworden ist, daß er der Jugendbewegung entwachsen ist, so soll er der Politik fernbleiben.

Aus diesem Grunde sind gerade in einem sozialistischen Studentenbund alle Tendenzen, die sich von der Arbeiterbewegung entfernen und eine Vertiefung oder Klärung des Sozialismus ohne Beziehung zu seinen Trägern, den arbeitenden Massen, anstreben, nicht nur zu verwerfen, sondern als schädlich für die Sozialdemokratische Partei zu bekämpfen.

Zum Beweis, wie berichtigt diese Auffassung ist, mag § 11 dienen. Er lautet: „Nur Mitglieder sozialistischer Parteien können dem Vorstand angehören.“ Das ergab in der Praxis folgende häufig eingetretene Konsequenz: Es wurde irgendein Mitglied, das sozialistische Empfindungen verlor und deshalb dem Bund beigetreten war, in den Vorstand gewählt. Innerhalb von acht Tagen mußte es sich das Parteibuch irgendeiner sozialistischen Partei, theoretisch also auch ein kommunistisches, kaufen und solche Leute sollten dann sozialistische Hochschulpolitik treiben! Daß dadurch noch keine Spindel in die Parteibewegung gekommen sind, verdanken wir nur der anerkannten Bedeutungslosigkeit dieses Bundes.

Die mangelhafte Geschäftsführung des sozialistischen Studentenbundes und seine Mesalliance mit dem republikanischen Studentenratel und anderen bürgerlichen Organisationen wollen wir mit Stillschweigen übergehen. Der Zweck dieser Zeilen ist, einmal Aufklärung zu schaffen über den „Sozialismus“ und die Taktik des sozialistischen Studentenbundes.

Was kann aber geschehen? Und hier muß ich nach meiner mehrjährigen Erfahrung gestehen: Nichts. Die Studenten, die in der Partei organisiert sind, wenden sich mit Entsetzen von der Tätigkeit eines solchen Bundes ab, der der offizielle Vertreter für den Sozialismus an der Universität sein will, aber nur die SPD, NSDAP, KPD, und arbeiten lieber in der Partei, da sie die Hochschulzeit nur als eine Übergangszeit betrachten. Die Vertreter des Bundes aber, die, wie schon ausgeführt, bürgerliche Ideologen sind, würden besser verschwinden. Die einzige politische Studentenvereinsung, die zielbewußte, wenn auch negative Hochschulpolitik treibt, ist die kommunistische. Hier ist strenger Organisationszwang und wird Mitarbeit in der Partei verlangt. Das ist von dem sozialistischen Studentenbund nie zu erwarten, und es würde sehr zur Klärung beitragen, wenn Parteiorganisationen, die zu dem Bund in Beziehung getreten sind, diese auf Grund der Satzungen lösen würden, und wenn eine Mitteilung im Jugend-Vorwärts erscheinen würde, eine Mitgliedschaft in der Partei und beim sozialistischen Studentenbund schließen einander aus.

Zur Reform des Lehrlingswesens.

Von Otto Bamm.

Schon seit Jahren ist man sich an den maßgebenden Stellen darüber klar, daß die unzulänglichen und veralteten Bestimmungen in der Gewerbeordnung und im Handelsgesetzbuch über die Lehrlinge einer gründlichen Neuordnung bedürfen. Ganz abgesehen davon, daß diese Vorschriften nicht auf alle Lehrlinge Anwendung finden — und auf die übrigen jugendlichen Arbeitnehmer überhaupt nicht —, stimmen sie auch mit dem sozialen Geist unserer Zeit nicht überein. Von einem sozialen Geist in diesen alten Vorschriften ist wenig zu spüren, sie armen vielmehr noch den Geist des Manchestertums. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung der Lehrherr das Zuchtungsrecht ausüben darf.

Trotz der Dringlichkeit der gefälligen Neuordnung des Lehrlingswesens ist ein amtlicher Gesetzentwurf der Öffentlichkeit bisher noch nicht übergeben worden. Statt dessen werden wir schon seit Jahren damit vertrießt, daß ein entsprechender Gesetzentwurf „demnächst“ veröffentlicht werden soll. Nach den bisher in die Öffentlichkeit gebrachten Angaben soll dieses Gesetz das gesamte

Lehrlingswesen in Handwerk, Industrie und Handel einheitlich und umfassend regeln. Daneben soll es auch Bestimmungen über die Ausbildung sämtlicher jugendlichen Arbeitnehmer — also nicht nur der Lehrlinge — enthalten. Nur solche Betriebe sollen das Recht zur Lehrlingshaltung bekommen, die sachlich dazu geeignet sind. Unfähigen Lehrherren und Arbeitgeber kann das Ausbildungsrecht entzogen werden. Durch das Gesetz sollen weiter auch geeignete Maßnahmen gegen die Lehrlingszuchterei getroffen und soll das Zuchtungsrecht beschränkt werden. Der Lehrherr bzw. der Arbeitgeber hat nicht nur die Zeit für den Schulbesuch freizugeben, sondern auch die Jugendlichen zum Schulbesuch anzuhalten.

Der Lehrvertrag soll stets schriftlich abgeschlossen werden. Er soll sich beschränken auf Bestimmungen über die Ausbildung und die Erziehung des Lehrlings; während Entschädigung und Ferien der tarifvertraglichen Regelung vorbehalten bleiben. Die Aufstellung des Lehrvertrages soll von den geschäftlichen Berufsvereinigungen, also den Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern, erfolgen. Zu diesem Zweck ist die Bildung von paritätisch aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzten Kommissionen bei diesen Kammern vorgegeben.

Der Gesetzentwurf will ostendend eine theoretische Teilung des Lehrverhältnisses in ein Erziehungs- und in ein Arbeitsverhältnis vornehmen. Soweit das Arbeitsverhältnis (gemeint ist Entlohnung und Urlaub des Lehrlings) in Frage kommt, soll dieses durch den Tarifvertrag geregelt werden. Im übrigen soll die Regelung des Lehrverhältnisses den Berufsvereinigungen überlassen werden. Es ist nicht recht einzusehen, warum nur ein Teil des Lehrverhältnisses, nämlich die Lehrlingsentschädigung sowie die Ferien, durch Tarifvertrag geregelt und der übrige Teil der Zuständigkeit des Tarifvertrages entzogen werden soll. Die Referenten in den zuständigen Ministerien haben hierbei anscheinend übersehen, daß der große Streit darüber, ob der Lehrvertrag ein Arbeitsvertrag ist, ob also das Lehrverhältnis nach der Verordnung vom 23. Dezember 1918 durch Tarifvertrag geregelt werden kann, doch nur ein rein theoretischer Streit ist. Die Praxis hat sich längst damit abgefunden, daß das Lehrverhältnis durch den Tarifvertrag geregelt wird. Nach den in Nr. 11 des „Reichsarbeitsblattes“ (1923) enthaltenen Mitteilungen aus dem Tarifwesen werden nicht nur seit Jahren die geistlichen Leistungen an den Lehrling sowie seine Ferien in weitem Umfang durch die Tarifverträge bestimmt, sondern darüber hinaus finden wir auch in einem nicht unbedeutenden Teil der Tarifverträge Bestimmungen über das gesamte Lehrverhältnis, z. B. über die Voraussetzungen für die Lehrzulassung, die gegenseitigen Rechte und Pflichten des Lehrherrn und des Lehrlings, das Prüfungsverfahren usw. Die Erfahrung hat gezeigt, daß durch diese tarifvertragliche Regelung ein weit wirksamer sozialer Schutz der Lehrlinge erreicht werden konnte, als es durch das Gesetz bisher möglich war.

Wir müssen verlangen, daß das zu schaffende Gesetz über das Lehrverhältnis ein Teil des nach Artikel 157 vom Reich zu erlassenden einheitlichen Arbeitsrechts sein muß. Das bedeutet keineswegs, daß wir mit der Neuordnung des Lehrverhältnisses bis zur endgültigen Fertigstellung des Arbeitsgesetzbuches warten wollen, sondern es bedeutet, daß der Aufbau sowie der Inhalt des Gesetzes über die Lehrlinge und die Berufsausbildung der anderen jugendlichen Arbeitnehmer in den Rahmen des Arbeitsgesetzbuches hineinpassen muß. Wenn im Artikel 157 der deutschen Reichsverfassung weiter festgelegt ist, daß die Arbeitskraft unter besonderem Schutz des Reiches steht, so muß mit allem Nachdruck gefordert werden, daß dieser besondere Schutz in erhöhtem Maße der jugendlichen Arbeitskraft zuteil wird. Nur wenn das kommende Gesetz diesen Anforderungen entspricht, kann es die Zustimmung der arbeitenden Jugend finden.

Ausflug nach Freienwalde.

Von Simon Oppenheimer.

Gelegentlich einer Wanderung nach Freienwalde knüpfen Berliner Jungsozialisten nicht nur Beziehungen zu den dortigen Partei- und Jugendgenossen an, sondern lernen auch im Freienwalder Kinderheim arme, verwaiste Kinder kennen, denen sie durch Spiel und Tanz etwas Sonnenschein in ihr armes, eintöniges Leben bringen. Sowohl diesen Kindern, als auch unseren Freienwalder Genossen mußten wir das Versprechen geben, recht bald wiederzukommen.

Dieses Versprechen erfüllten wir an einem schönen Sommertage. An der Fahrt beteiligte sich der größte Teil der Berliner Jungsozialistengruppen und auch einige Arbeiterjugendgruppen. Nach unserer Ankunft am Sonnabend abend in Freienwalde wurden wir von den dortigen Jugend- und Parteigenossen vom Bahnhof abgeholt, die uns in geselligem Zuge, der im reaktionären Freienwalde einiges Aufsehen erregte, zu einer Schule führten. In dieser Schule fand ein Vergnügen abend statt, den allerdings wir Berliner ausgefallen mußten. Ein Freienwalder Genosse hielt eine Ansprache; die mitgekommenen Musiker produzierten sich, einige Genossen registrierten und alle übrigen Anwesenden wirkten mit ihren frischen Reizen an dem Gesingen des Abends mit. Nach Schluß der Veranstaltung ging es ins Rassenquartier.

Am folgenden Morgen trafen sich alle Berliner Genossen am Teufelssee bei Freienwalde. Der Morgen verging bei Freibad und Spiel recht schnell. Im Laufe des Vormittags marschierte der größte Teil nach Freienwalde zum Kinderheim, um unsere kleinen Freunde wieder zu besuchen. Dieselben hatten inzwischen von der Leiterin des Heimes erfahren, daß wir kommen würden, und hatten unserer in Ungeduld. Wir führten die Kinder zu einer in der Nähe des Heimes gelegenen Wiese und spielten einige Stunden mit ihnen. Auch unsere mitgebrachte Kapelle mußte wiederum ihr Bestes hergeben. Zum Schluß machten wir den Kindern noch eine besondere Freude mit Keksen und Bonbons, die wir für sie von der Berliner Konsumgenossenschaft bezogen hatten.

Darauf ging es wieder zum Teufelssee. Dort wurde schnell das einfache Mittagessen eingenommen. Danach erfrischten wir uns noch mal schnell im Wasser und gingen dann zur Waldhütte, wo das Waldfest der Partei und der Arbeiterjugend stattfand. Gemeindefestlichen Liedern folgten Regierungen und Vorkämpfe und die martige Ansprache eines Berliner Jungsozialisten. Im zweiten Teil des Festes beschränkten wir uns darauf, mit den in großer Anzahl anwesenden Kindern zu spielen, und an den Gesichten der anwesenden älteren Parteigenossen konnten wir sehen, daß auch diese daran ihre Freude hatten.

Nur zu schnell verging die Zeit. Bald mußten wir aufbrechen, um noch rechtzeitig den Zug, der uns nach Berlin bringen sollte, zu erreichen. Wir konnten mit dem Bewußtsein zum Bahnhof gehen, daß wir bei unserer Anwesenheit in Freienwalde die dortige Partei- und Arbeiterjugendbewegung etwas gestärkt hatten und daß wir durch unser Spiel mit den Kindern den Armistie der Armen, bei denen sonst selten die Sonne scheint, einige frohe Stunden bereitet haben.

Durch derartige Veranstaltungen wird das Verhältnis der Jungsozialisten zur Partei und die Verbindung zwischen Arbeiterjugend und Jungsozialisten vielleicht mehr gefördert als durch Diskussionen und Resolutionen.